



HESSISCHER LANDTAG

05. 05. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Beschäftigte in systemrelevanten Berufen stärken und ihre Leistungen in der Corona-Krise angemessen anerkennen

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag dankt allen Beschäftigten, die trotz oder gerade wegen der aktuellen Corona-Pandemie Außergewöhnliches leisten. Unter einem hohen Risiko der Selbstgefährdung halten sie das Gesundheitssystem, die Versorgung mit essenziellen Gütern und weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge am Laufen.
- II. Der Landtag fordert vor diesem Hintergrund die Landesregierung auf, im Rahmen der eigenen Zuständigkeit, als Tarifpartner zusammen mit den Gewerkschaften und auch in Absprache mit den Kommunen zugunsten möglichst vieler der systemrelevanten Beschäftigten folgende Maßnahmen umzusetzen:
 1. Die Beschäftigten erhalten eine Pandemie-Gehaltszulage von 500 € pro Monat, die so lange gezahlt wird, wie die Kontaktbeschränkungen aufrechterhalten werden müssen. Eine entsprechende Regelung ist tariflich abzusichern.
 2. Das Land verhandelt mit den Nahverkehrsverbänden Hessen ein Jobticket, das mindestens für die Zeit der Pandemie auf alle systemrelevanten Berufsgruppen ausgeweitet und zu einem günstigen Preis angeboten wird. Zu diesen Berufsgruppen gehören neben bereits in den Verordnungen genannten Beschäftigten sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugend- und Sozialarbeit und alle Beschäftigten im Gesundheitswesen.
 3. Gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeiten werden auf Vor-Pandemie-Niveau gewahrt. Änderungen erfordern die Zustimmung der Betriebs- und Personalräte.
 4. Eine Ausweitung der Sonn- und Feiertagsarbeit wird auf das Notwendigste beschränkt. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Beschränkungen der Sonntagsarbeit für den Einzelhandel unverzüglich wieder in Kraft zu setzen.
 5. Das Land unternimmt weiterhin alle notwendigen Schritte, um Schutzausrüstung in ausreichender Zahl insbesondere für ambulante und stationäre Versorgungsangebote des medizinischen Bereichs zur Verfügung zu stellen. Mit der zunehmenden Reduzierung der Beschränkungen infolge der Pandemie müssen weitere Beschäftigtengruppen mit ausreichend Schutzmaterialien versorgt werden (bspw. Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, soziale Dienste).
 6. Alle Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen regelmäßig und auch ohne vorhandene Symptomatik auf COVID-19 getestet werden. Zusätzlich gewonnene Testkapazitäten sind prioritär in diesem Bereich einzusetzen. Positiv getestete Personen sind sofort vom Dienst freizustellen.
 7. Zum Ausgleich der Mehrbelastungen von Beschäftigten werden mit dem Abklingen der Pandemie sieben zusätzliche Urlaubstage gewährt. Urlaubsansprüche des Jahres 2020 können ohne Begrenzung in das Folgejahr transferiert werden. Entsprechende Vereinbarungen erfolgen im Rahmen der tariflichen Mitbestimmung.
 8. Die Landesregierung wirkt im Gespräch mit den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften darauf hin, dass auch die systemrelevanten Berufsgruppen in privatwirtschaftlichen Unternehmen entsprechende Anerkennungsleistungen erhalten.

- III. Die Landesregierung setzt sich über den Bundesrat und in den aktuell laufenden Bund-Länder-Gesprächen für Verbesserungen in den folgenden Bereichen ein:
1. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wird vereinfacht, um mehr Menschen gerade im Niedriglohnbereich zu höheren Löhnen und einer Tarifbindung zu verhelfen.
 2. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn wird auf mindestens 12 € brutto pro Stunde erhöht.

Begründung:

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie sind nun endlich diejenigen Beschäftigten in den Fokus gerückt, die tatsächlich das Signum systemrelevant verdienen. Neben ihrer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Funktionieren der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die meisten Beschäftigten in diesen Branchen durch zwei Merkmale geprägt: Sie sind im gesellschaftlichen Maßstab zumeist deutlich unterbezahlt und es sind überproportional Frauen, die in diesen Bereichen tätig sind.

Es ist begrüßenswert, dass den Beschäftigten der systemrelevanten Berufe, dazu gehören auch oftmals übersehene Gruppen wie das outgesourcte Reinigungspersonal oder Caterer, nun vielfältige Anerkennung begegnet. Wichtiger als warme Worte der Politik und Klatschen auf dem Balkon sind für die Betroffenen jedoch materielle Verbesserungen, die sich in deutlich verbesserten Arbeitsbedingungen und auch auf dem Lohnzettel der Beschäftigten widerspiegeln.

In vielen Bereichen obliegt eine solche Entscheidung auch dem Land Hessen und den hessischen Kommunen als Arbeitgeber im Zusammenwirken mit den Tarifpartnern der DGB-Gewerkschaften. Aber es können und sollten auch viele private Unternehmen dieser Bereiche den Respekt für ihre Beschäftigten ausdrücken.

Für DIE LINKE steht in diesem Zusammenhang fest: Wir wollen kein bloßes Zurück zur Normalität vor Corona, sondern wir wollen einen gesellschaftlichen Aufbruch, der insbesondere die Ökonomisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge beendet. Wirklicher Respekt und materielle Anerkennung für die Beschäftigten der systemrelevanten Berufe können hierzu ein erster guter Schritt sein.

Wiesbaden, 5. Mai 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler